

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Ortsverein Köngen
Gemeinderatsfraktion



SPD-Gemeinderatsfraktion Köngen c/o Spitalgartenstr. 17/2 73257 Köngen

Gemeinde Köngen
Herrn Bürgermeister Weil
Rathaus

73257 Köngen

Köngen, den 01.03.13

Gemeinderatssitzung am 04.03.2013 – Haushaltsplanberatungen 2013 Antrag: Grunderwerb Lärmschutzwall - Sperrvermerk

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Weil,

die SPD-Gemeinderatsfraktion beantragt im Rahmen der Haushaltsberatungen 2013 folgende Änderung im Vermögenshaushalt:

Die im Einzelplan 8 Unterabschnitt 8800 „Allgemeiner Grundstücksverkehr“ für den Erwerb von Grundstücken zum Bau eines Lärmschutzwalles an der A8 eingestellten Mittel in Höhe von insgesamt 930.000,- EUR werden mit einem Sperrvermerk versehen.

Die Freigabe der Mittel erfolgt durch Beschluss des Gemeinderates, frühestens

- 1. nach der öffentlichen Auslegung und Erörterung der Planungsalternativen im Bebauungsplanvorentwurf,**
- 2. der Würdigung der Stellungnahmen der Bürger und der Träger öffentlicher Belange zu den Alternativen im Vorentwurf,**
- 3. wenn sich die Realisierbarkeit des Gesamtprojektes auf der Grundlage dieser Planungen abzeichnet und**
- 4. der tatsächliche Flächenbedarf bestimmt werden kann.**

Begründung:

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 30.01.2012 einen Grundsatzbeschluss zur weiteren Planung eines Lärmschutzes an der A8 gefasst. Die Vorbereitung des Grunderwerbes war ebenso Teil des Beschlusses, wie die Aufstellung eines Bebauungsplanes. Grundlage des Beschlusses war unter anderem die in einer Aktennotiz des Büro Mörgenthaler im Bezug auf das Bebauungsplanverfahren enthaltene Feststellung: „....Das Verfahren soll zeigen, in welchem Umfang es möglich und in der Abwägung der verschiedenen Belange auch vertretbar ist, statt der Wand einen für die Gemeinde kostengünstigeren Lärmschutzwall zu erstellen....“

Die Frage, Wand oder Wall, insbesondere im 2. Bauabschnitt, ist seit dem noch nicht ausreichend konkret und fundiert im Gemeinderat beraten worden. Eine Beteiligung der Öffentlichkeit zu Planungsalternativen hat noch nicht stattgefunden. Die grundlegenden Voraussetzungen für einen Grunderwerb sind allerdings ohne diese Planungsschritte und eine weitere intensive öffentliche Diskussion nach Auffassung der SPD-Fraktion nicht gegeben.

gez.
Gerhard Gorzellik